

Statement: Stellungnahme der SLV-NRW zu der Bewegung „Fridays for Future“

Es begann in Schweden mit einem mutigen und unkonventionellen Menschen, Greta Thunberg, die allein einen Schulstreik an jedem Freitag durchgeführt hat und bei der Klimakonferenz in Kattowitz im Dezember 2018 den Mächtigen die Leviten gelesen hat. Wie man zu diesem Mädchen und ihren Aktionen steht, bleibt jedem selbst überlassen. Eins hat sie in jedem Fall erreicht:

Eine Generation, die seit Jahren als unpolitisch und wenig solidarisch wahrgenommen wird, steht auf, kommt in Bewegung und engagiert sich.

Diese Generation tritt für ihre Zukunft ein.

Gerade bei diesem Thema müssen wir uns alle die Frage gefallen lassen, wie sehr wir unsere staatsbürgerliche Verantwortung wahrnehmen. Die Beantwortung bleibt Jedem/Jeder selbst überlassen.

Die SLV NRW möchte Sie als Schulleiter*in ermutigen und darin bestärken, dass das Aufbegehren in der jungen Generation nicht förmlich in bequeme Bahnen gelenkt wird, sondern dass Sie ihr die Unterstützung zukommen lassen, die sie für die Umsetzung ihres politischen Engagements benötigen. Wir bitten Sie, in diesem Sinne die Anforderung unseres Schulgesetzes (abs.1, §3) mit Leben zu füllen.

„(Die Schule)... fördert die Entfaltung der Person, die Selbstständigkeit ihrer Entscheidungen und Handlungen und das Verantwortungsbewusstsein für das Gemeinwohl, die Natur und die Umwelt. Schülerinnen und Schüler werden befähigt, verantwortlich am sozialen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, beruflichen, kulturellen und politischen Leben teilzunehmen und ihr eigenes Leben zu gestalten. „

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Spitzen der Kultus- und Bildungsministerien haben sich positioniert. Eigentlich haben sie sich versteckt. Versteckt hinter Paragraphen, garniert mit moralischer Verständnislyrik. Politisch moralisch äußern sie sich wohlwollend, versäumen es aber nicht, auf die rechtlichen Grundlagen hinzuweisen. Schülerinnen und Schüler haben schließlich Schulpflicht, ein Streikrecht gibt es schließlich nicht. Deren (Streik-) Verhalten sei somit zumindest fragwürdig.

Was bedeutet das praktisch?

Die Verantwortung wird an die Schulleiterinnen und Schulleiter gegeben. Schließlich gibt es sehr kreative und gewinnbringende Lösungen, die Schulleitungen implementieren könnten, um das Lernen von Demokratie zu fördern. Immerhin geht es hier um politische Bildung, wie sie in unserem Schulgesetz verlangt wird.

Die Schulleitungen sollen also dafür sorgen, dass dem Recht genüge getan wird, dass **alles vor Ort geregelt wird, möglichst im Sinne der Ministerien und natürlich mit wenig Unterrichtsausfall, dass die politisch Verantwortlichen in Ihrem Alltagsgeschäft nicht gestört, nicht in Widersprüche verwickelt werden und vor allem in der Sache der Status quo nicht angetastet wird.**

Widersprüche?

Politiker und Politikerinnen zeigen durchaus ein begrenztes Verständnis für die Aktionen der Schülerinnen und Schüler. Inhaltlich positionieren sie sich aber nicht. Eine inhaltliche Diskussion wird nicht geführt, allein die Frage, ob die Schulpflichtigen streiken dürfen oder nicht dürfen scheint von Belang zu sein. **Dieses Verhalten ist konsequent.**

Denn dieselben Akteure sind in der Regel seit Jahren daran beteiligt, in Sachen Klimawandel zum Stillstand beizutragen und wenig zu unternehmen, um dieser Posse ein Ende zu machen. Sehenden Auges lassen sie die Zukunft der nachfolgenden Generationen „ins offene Klima-Messer laufen“.

**Liebe Schulleiterinnen und Schulleiter,
wenngleich wir als SLV NRW kein allgemeinpolitisches Mandat haben, bitten wir Sie nachdrücklich, die halbherzigen Hinweise des MSB zu den Möglichkeiten der Gestaltung von Demokratieerziehung aufzugreifen und Ihre Schülerinnen und Schüler bei der Entwicklung ihres Demokratieverständnisses und ihren Bemühungen um die Organisation und Durchführung ihrer Proteste zu unterstützen.**